



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

05. hét

2019.01.28.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Ungarische Innenpolitik** – Ein Zusammenschluss der Oppositionsparteien würde im jetzigen Augenblick mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringen: Die Führer der Oppositionsparteien von der DK bis zur Jobbik sind unbeliebte Politiker; die Skandale um Jobbik-Chef Tamás Sneider erschweren die Verwirklichung einer glaubwürdigen Zusammenarbeit weiter. Die auf einer Orbán-Phobie aufbauenden Ansätze an Stelle einer wertorientierten Kooperation haben sich schon bislang als erfolglos erwiesen.
- **Wirtschaftspolitik** – Die beiden zentralen Themen der Legislaturperiode bis 2022 handeln neben einer nachhaltigen Wachstumsbahn der ungarischen Wirtschaftspolitik davon, die staatlichen Ausgaben zurückzudrängen. Seit 2010 nimmt das Defizit des Staatshaushaltes systematisch ab; im Sinne der jüngsten Regierungsbeschlüsse wird der Zentralhaushalt 2021-2021 mit Überschüssen abschließen, während die Staatsschulden auf 60 Prozent am BIP fallen werden.
- **Außenpolitik, Außenwirtschaft** – Im Sinne einer Entscheidung des Europaparlaments wurde eine Vorlage verabschiedet, wonach die Auszahlungen der den Mitgliedstaaten rechtmäßig zustehenden Gelder während des kommenden EU-Finanzrahmens ausgesetzt werden können, wenn die Europäische Kommission den Schutz der im Übrigen nicht definierten Werte der Rechtsstaatlichkeit sicherstellen will. Die Vorlage bildet einen Teil des Europawahlkampfes und ist ein neuerliches Instrument der politischen Druckausübung.
- **Nachrichten, die Beachtung verdienen** – Nach dem Tod des Regierungsbeauftragten Andy Vajna begannen Spekulationen über das Schicksal der zum Firmenimperium des Filmproducers und Geschäftsmanns gehörenden Medien. TV2 und Rádió 1 gehörten nicht zu jenem Medienportfolio, das im vergangenen Jahr unter dem Namen Mitteleuropäische Presse- und Medienstiftung (KESMA) zustande gebracht wurde.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE UMSETZUNG DES ZUSAMMENSCHLUSSES DER OPPOSITION LÄSST WEITER AUF SICH WARTEN

Die in der vergangenen Woche ans Tageslicht gerückten Skandale um Tamás Sneider – den im vorigen Mai gewählten neuen Jobbik-Vorsitzenden – machen deutlich, dass sowohl der Prozess der Entwicklung der Jobbik zur Volkspartei als auch der geplante Zusammenschluss der Opposition bis zu den im Mai anstehenden Europawahlen massiven Kritiken ausgesetzt sein werden. Wegen der unvorteilhaften Zusammensetzung der Parteien und ihrer Führungspersonen könnte die Wählerbasis erheblich abbröckeln.

Eines der größten Probleme für den Zusammenschluss der Oppositionsparteien ist damit gegeben, einen auf Werten basierenden Rahmen der Zusammenarbeit zustande zu bringen, der die Wähler nicht abschreckt, sondern auf einer breiteren, über das Profil der einzelnen Oppositionsparteien hinausreichenden Basis im weiteren Verlauf zusätzliche Wähler anzuziehen vermag. Die ohnehin nicht einfache Umsetzung dieser Zielstellung, die sich seit 2010 hinzieht, dürfte sich weiter verschleppen, weil der versuchte Auftritt der Jobbik als Volkspartei misslingt. Tamás Sneider, der früher unter dem Spitznamen „Roy“ ein Anführer der Skinheads war, muss sich mit einer Vergangenheit auseinandersetzen, die schwer belastende Hinweise auf Fremdenfeindlichkeit zutage bringt. Unter den Oppositionsparteien des linksliberalen Lagers distanzieren sich auf Parteiebene bislang einzig die Liberalen von jenen durchgesickerten privaten Videoaufnahmen, die den Hitlergruss der Nazis zeigen. Früher lautete das zuvorderst vorgetragene Argument der Linken gegen ein Zusammengehen mit der Jobbik, in einem dermaßen domestizierten Parteiensystem, wie es in Ungarn vorherrscht, könne man nicht gemeinsame Sache mit Parteien machen, die übertrieben radikale und antisemitische Ansichten vertreten. Die Jobbik versucht vergeblich, in die Mitte zu rücken und zur Volkspartei zu mutieren, wenn Fälle wie der Sneider-Skandal diesen strategischen Richtungswandel unglaubwürdig machen.

Allerdings liegen die Standpunkte der beiden Pole der zur Zusammenarbeit vorgesehenen politischen Parteien selbst noch angesichts der Liberalisierung der Jobbik ausgesprochen weit auseinander. Somit bestehen reale Chancen dafür, dass die Anzahl der Sympathisanten abnehmen wird: Die DK als Mitglied der „Regenbogen“-Koalition wird nämlich von jenem Ferenc Gyurcsány geführt, der unter

den Politikern des Landes unbeliebt wie kein anderer ist. Die Skandale des am anderen Ende der politischen Skala Platz nehmenden Jobbik-Vorsitzenden dramatisieren die Lage weiter, weshalb sich ein breiter Zusammenschluss der Oppositionsparteien wegen der durch diese Politiker verunsicherten Wähler immer weniger lohnen dürfte.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

BIS 2021 KÖNNTEN SICH DIE STAATSSCHULDEN AM BIP AUF 60 PROZENT VERRINGERN

Laut Regierungsbeschluss, der im Ungarischen Amtsblatt veröffentlicht wurde, soll der Saldo des Zentralhaushalts bereits 2020 ein positives Vorzeichen erhalten, bevor 2021 ein beträchtlicher Überschuss erzielt würde. Die Staatsschulden am BIP würden binnen drei Jahren auf 60 Prozent am BIP reduziert.

Seit 2010 tragen zahlreiche günstige makroökonomische und fiskalische Prozesse zum Wachstum der ungarischen Volkswirtschaft sowie zur langfristigen Finanzstabilität des ungarischen Staates bei. Eine der wichtigsten Veränderungen, mit der die Abhängigkeit von den Prozessen an den internationalen Geldmärkten verringert wurde, trat in der Struktur der Staatsschulden ein: Sowohl bei den Nettoaußenschulden als auch bei den Devisenschulden der Unternehmen gab es einen Rückgang von früher 60 Prozent unter einen Wert von 20 Prozent. Was die weitergehenden Pläne anbelangt, formulierte Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Radiointerview vergangene Woche:

„Heute wäre die ungarische Volkswirtschaft imstande, eine radikale und rasante Senkung der Staatsschulden vorzunehmen. Dabei könnten wir in ein, zwei Jahren von den heute noch 71 Prozent unter 50 Prozent gehen. Dann aber könnte der Staat weniger für die Wirtschaftsentwicklung aufwenden.“

In Verbindung mit den Staatsschulden ist es wichtig zu erwähnen, dass es früher eine Debatte zwischen der Europäischen Union und Ungarn dahingehend gab, nach welcher Methode die Kreditausreichungen der staatlichen Eximbank abzurechnen seien – in dieser Frage entschied Eurostat gegen den ungarischen Standpunkt. Mit anderen Worten fallen die Staatsschulden zum aktuellen Zeitpunkt allein wegen der strengeren Regelfassung höher aus. Unter Berücksichtigung der bisherigen Trends darf jedoch davon ausgegangen werden, dass dieser Wert 2019 nicht länger mit einer Sieben beginnen wird.

In Verbindung mit den Daten zum Budgetdefizit ist es wichtig festzuhalten, dass die wenigsten Nationalstaaten einen Überschuss erzielen können, nachdem sich die ESA-Verrechnung der Europäischen Union auf das Haushaltsdefizit bezieht, welches den Zentralhaushalt, die Städte und Gemeinden sowie die Sozialversicherungskassen umfasst. Ein Defizit von 1,2 Prozent wäre dessen ungeachtet ein Rekord.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

EUROPAWAHLKAMPF: DIE AUSZAHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN SOLLEN AN NEUE KRITERIEN GEBUNDEN WERDEN

Das Europaparlament hat mit 397 Ja- gegen 158 Nein-Stimmen jenen neuen Vorschlag verabschiedet, wonach Auszahlungen an Mitgliedstaaten im neuen EU-Finanzrahmen 2021-27 bei der Feststellung einer Verletzung von Werten der Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt werden könnten. Die Vorlage befand sich im Europaparlament seit 2018 auf der Tagesordnung, wobei die Europaabgeordneten von Fidesz-KDNP bei jeder anliegenden Abstimmung mit Nein stimmten.

Im vorigen Mai wurde erstmals auf einer Plenartagung des Europaparlaments verhandelt, bei der Verteilung der EU-Finanzressourcen ins Kalkül zu ziehen, ob ein Mitgliedstaat den in Artikel 2 des EU-Vertrags festgelegten Werten der Rechtsstaatlichkeit entspricht oder nicht. Dabei handelt es sich von Anfang an um ein Mittel der politischen Druckausübung, um später jene Mitgliedstaaten in die Defensive drücken zu können, die nicht mit jener Migrationspolitik der Europäischen Union konform gehen, die als „Mainstream“ auf verbindliche Ansiedlungsquoten baut. Diese Entscheidung ist eindeutig mit dem in Kürze auslaufenden Mandat des Europaparlaments und dem damit einhergehenden Europawahlkampf zu erklären. Bei dieser Vorlage ist jedoch nicht entschieden, wann sich eine Verletzung der Werte der Rechtsstaatlichkeit feststellen lässt, wie ebensowenig genau geklärt ist, wer eigentlich in dieser Frage entscheidungsbefugt sei. Auf der Grundlage des verabschiedeten Vorschlags würde das letzte Wort auch in diesem Fall wieder von der Europäischen Kommission gesprochen werden, deren Tätigkeit in dieser Sache jedoch durch ein als unabhängig bezeichnetes Beratergremium von Experten des Verfassungsrechts sowie der Finanzen und von Haushaltsfragen unterstützt würde. Wie es im Wortlaut der Vorlage heißt, müsste dieses Gremium „in allen Mitgliedstaaten eine unabhängige jährliche Bewertung von Fragen im Kontext der

Rechtsstaatlichkeit vornehmen, welche den effizienten und erfolgreichen Umgang mit den Finanzen oder die Wahrung der Finanzinteressen der Europäischen Union gefährden oder gefährden könnten, wobei Informationen aus sämtlichen relevanten Quellen und von Seiten der anerkannten Institutionen Berücksichtigung finden müssten“.

Auf den ersten Blick würde diese Vorlage Mitgliedstaaten wie Frankreich oder Deutschland in Gefahr bringen können, denn im Falle dieser Staaten darf das dort erlebte brutale Vorgehen der Polizei – gegen die sogenannten Gelbwesten-Proteste – oder das Versäumen der Abschiebung abgewiesener Asylbewerber durch die bundesdeutschen Ordnungsorgane als Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit angesehen werden. Wegen der unexakten Formulierung in Detailfragen der Vorlage erscheint jedoch jene Befürchtung berechtigt, dass durch die Organisationen der Open Society Foundations finanzierte „Experten“ in besagte Beratergremien gelangen würden, womit der Vorstoß von NGO liberaler Werteordnung neuerliche Kritiken in den mitteleuropäischen Ländern provozieren dürfte.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DER FILMPRODUCER UND REGIERUNGSBEAUFTRAGTE ANDY VAJNA IST VERSTORBEN

Die ungarische Regierung betrachtet Andy Vajna als ihren eigenen Toten, der nicht nur als Regierungsbeauftragter für die Entwicklung der nationalen Filmindustrie agierte, sondern unwiderrufliche Verdienste daran hat, das aus dem Gesichtspunkt der Formung des Landesimages eine herausragende Bedeutung einnehmende ungarische Filmschaffen auf der Weltkarte des Filmwesens zu verzeichnen. Der im Alter von 74 Jahren verstorbene Geschäftsmann unterhielt zahlreiche Firmen, wobei die ungarische Öffentlichkeit hauptsächlich wegen seiner Eigentümerpositionen bei TV2 und Rádió 1 hinsichtlich des künftigen Schicksals dieser Medien zu spekulieren begann. Diese beiden Medien sind nicht in das Portfolio der unlängst eingerichteten Mitteleuropäischen Presse- und Medienstiftung (KESMA) gelangt, nachdem das Privatfernsehen TV2 in erster Linie nicht als politisches Medienprodukt gedeutet wurde, sondern ebenso wie der Radiosender Rádió 1 als Unterhaltungsmedium. Im Falle der Radiostation wird sehr bald eine Entscheidung fallen müssen, weil deren Geschäftsführer persönlich Andy Vajna war, und ausgehend von den allgemeinen Regeln des Mediengesetzes, wie diese bei Radiofrequenzen zur Anwendung gelangen, bei jeder beliebigen Veränderung in der Geschäftsleitung oder im Eigentümernetz ein

automatischer Ausschluss aus der Konzession droht. Die Frequenz von Rádió 1 wird durch die Radio Plus Kft. unterhalten, die wiederum mit der AV Investments Kft. einen einzigen Inhaber besaß. Diese Firma müsste nun eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einberufen, um einen neuen Geschäftsführer an die Spitze ihres Tochterunternehmens Radio Plus zu berufen. Die Nachfrage nach der TV2-Gruppe am Markt dürfte enorm sein, denn unter Leitung von Andy Vajna nahmen die Einschaltquoten der meisten Fernsehprogramme zu, woraufhin der Sender in Hinsicht auf die täglichen Einschaltquoten und die absoluten Zuschauerzahlen in Wettbewerb mit dem Marktführer RTL Klub treten konnte.

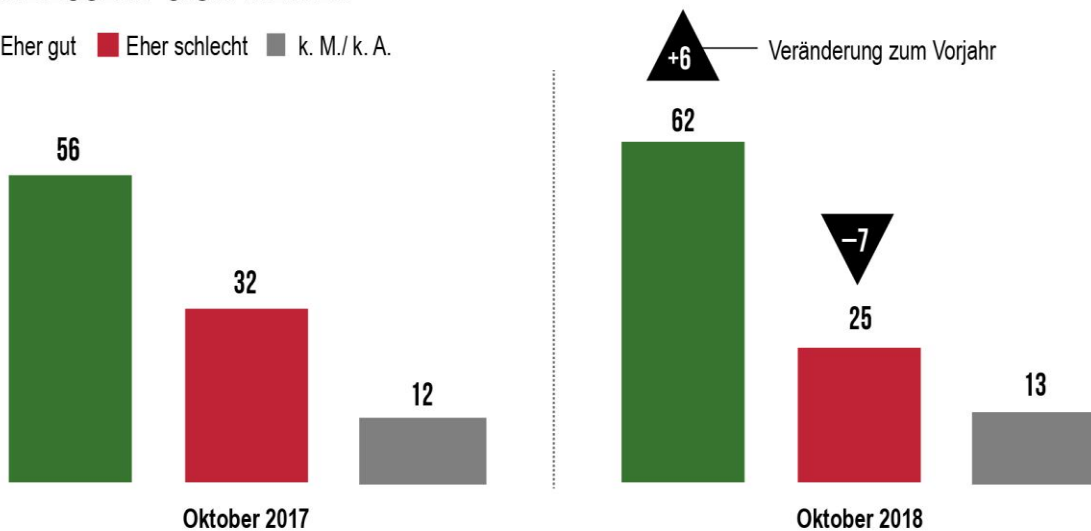
DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BILATERALEN BEZIEHUNGEN ERREICHEN EIN NEUES NIVEAU

Der aus Anlass des 56. Jahrestages des Elysée-Vertrags in Aachen unterzeichnete Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration (Vertrag von Aachen) sorgte für großen internationalen Widerhall, wobei diese Konzeption von manchen Seiten auch mit Kritiken bedacht wurde. Das am Dienstag der vergangenen Woche durch Angela Merkel und Emmanuel Macron unterzeichnete Dokument vertieft die schon bisher bedeutende Zusammenarbeit der beiden Staaten auf den Gebieten Verteidigung, Wirtschaft und Politik weiter, wobei im gegebenen Fall auch im Leben der Europäischen Union enorme Veränderungen daraus erwachsen könnten. Die Vereinbarung sieht nämlich vor, dass sich die Führungen der beiden Länder vor jedem einzelnen EU-Gipfel über den in den aktuell anliegenden Fragen ausgestalteten, nach Möglichkeit gemeinsamen Standpunkt abstimmen sollen. Die erste Offenbarung dieses neuen Rahmensystems war das gemeinsame Eintreten für eine europäische Streitkraft, wobei sich die anderen Mitgliedstaaten im weiteren Verlauf darauf einstellen werden müssen, dass angesichts der Absicht, die deutsch-französische Achse zu stärken, die Kooperationsformen zwischen Nationalstaaten immer stärker in den Hintergrund gedrängt werden. Auch aus dem Blickwinkel der ungarisch-deutschen Beziehungen ist es nicht gleichgültig, welche Prioritäten die sich erneuernde bundesdeutsche Außenpolitik in erster Linie setzen wird. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern entwickeln sich vorteilhaft, denn wie eine repräsentative telefonische Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts unter 1.000 Personen zeigte, herrscht auch weiterhin ein positives Deutschland-Bild in Ungarn vor (62 Prozent der Befragten äußerten sich positiv), während sogar 69 Prozent die wirtschaftliche Zusammenarbeit als vorteilhaft ansahen. In den Beziehungen der beiden Länder erlangt die wirtschaftliche Komponente

auch nach dem Eindruck der öffentlichen Meinung ein weitaus stärkeres Gewicht. Die Meinungsverschiedenheiten auf der politischen Ebene sind zum großen Teil in Verbindung mit der Einwanderung zu sehen, doch könnte in dieser Hinsicht der Führungswechsel innerhalb der CDU schon kurzfristig Veränderungen nach sich ziehen.

DIE BEURTEILUNG DER DEUTSCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN VERBESSERT SICH WEITER

■ Eher gut ■ Eher schlecht ■ k. M./k. A.



Was halten Sie von den Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn im Allgemeinen?

Landesweit repräsentative Erhebung mit der Befragung von 1.000 Personen, Zeitraum der Datenerhebung: 26. Oktober – 2. November 2018, Angaben in Prozent

 NÉZŐPONT INTÉZET

PROGNOSE

Vom 28. Januar bis zum 3. Februar können an 33 Wahlorten Stimmen für die erste Runde der Vorwahl der linksliberalen Parteien in Budapest auf Gergely Karácsony oder auf Csaba Horváth abgegeben werden. Die beiden Kandidaten sammelten insgesamt 12.000 Empfehlungen – für den Start zur Vorwahl wurden 2.000 benötigt –, wobei der Sozialist Csaba Horváth seine Sympathisanten etwas besser aktivieren konnte. Im Wahlkampf in Verbindung mit der Vorwahl hielten die beiden Kandidaten drei Debatten ab, die jedoch durchweg keine große Hilfestellung für die Sympathisanten des linken Lagers bezüglich ihrer Entscheidung boten, wer von den beiden die bessere und kompetentere Alternative zu OB István Tarlós darstelle. Aus diesem Grunde könnte das Votum an Desinteresse scheitern und wird somit nicht unbedingt dazu beitragen, den vermeintlich beliebtesten OB-Kandidaten der Linken auszuwählen.